

Auch nach der Wahl: Militär bleibt Entscheidungsträger

von Felix
Wiebrecht

Der Autor ist Student der Politikwissenschaft und Internationalen Beziehungen an der University of Aberdeen, Großbritannien und verfasste eine Analyse der Wahlen in Myanmar für die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Die Wahlen in Myanmar im November 2015 wurden international hochgelobt für die Fortschritte in Fairness und Transparenz. Trotz des deutlichen Erfolgs der *Nationalen Liga für Demokratie* (NLD) wird es in Zukunft insbesondere auf die Beziehung zwischen Partei und dem Militär ankommen.

Große Fortschritte bei der Durchführung der Wahl

Myanmar hat mit den Wahlen im November 2015 einen großen Schritt auf dem Weg der Demokratisierung unternommen. Die Wahlen, aus denen die NLD mit knapp 60 Prozent gewonnen Mandaten deutlich als Sieger hervorging, wurden international für die enorm verbesserte Organisation und Durchführung gelobt. Die Wahlkommission konnte der nach den erfolgreich durchgeführten Nachwahlen 2012 gestiegenen Erwartungshaltung zum größten Teil standhalten und bemühte sich um einen möglichst transparenten Wahlprozess. Um dies zu gewährleisten wurden internationale BeobachterInnen, unter anderem von der Europäischen Union, eingeladen, die die Wahlen in Sachen Freiheit und Fairness bewerten sollten. Dazu kommt, dass sich auch die Anzahl von Beschwerden über Unregelmäßigkeiten deutlich reduziert hat und man von großen Fortschritten bei der Freiheit der Wahlen ausgehen kann. Dennoch können die Wahlen nicht an den höchsten demokratischen Standards gemessen werden, da man davon ausgeht, dass insgesamt vier Millionen EinwohnerInnen nicht daran teilnehmen durften. Dies trifft insbesondere auf BinnenmigrantInnen und ethnische Minderheiten, wie zum Beispiel die Rohingya, zu.

Das Militär bleibt wichtigster politischer Akteur

Trotz des eindeutigen Wahlerfolgs ist es der NLD jedoch nicht möglich, das politische Geschehen im Land alleine zu leiten. In Zukunft wird es vor allem darauf ankommen, wie sich die Beziehung zwischen der NLD und dem Militär entwickelt, denn dieses hält auch nach der Wahl an seinen Kerninteressen fest. Anders als nach der Wahl im Jahr 1990 zeigt sich das Militär nun hingegen bereit, die Wahlergebnisse zu akzeptieren und somit der NLD eine parlamentarische Mehrheit zu gewähren. Die Mehrheit bedeutet jedoch keinen nachhaltigen Wandel des politischen Systems, denn das Militär bleibt weiterhin der wichtigste politische Akteur in Myanmar mit seiner Sperrminoritätsklausel über potenzielle Verfas-

sungsänderungen und der Kontrolle über bestimmte Ministerien, wie zum Beispiel dem Innenministerium. Schon kurz nach der Wahl ließen oberste Generäle verlauten, dass sie vorschnellen Reformen sehr kritisch gegenüberstehen und sich das Militär nur aus der Politik zurückziehen wird, wenn es die Lage des Landes als stabil ansieht.

Friedensprozess als Streitthema?

Zentral für die Stabilität des Landes und einen möglichen Rückzug des Militärs aus der Politik ist ein landesweiter Waffenstillstand und Friedensvertrag. Die Wege, die jeweils von NLD und dem Militär dahin gehend verfolgt werden, stehen allerdings noch im Kontrast zueinander. Nach der Unterzeichnung des »nationalen Waffenstillstandsabkommens« im Oktober 2015 verhandelt das Militär weiterhin nur mit den Konfliktparteien, die das Abkommen auch unterzeichnet haben. Dieses beinhaltet allerdings nur acht der insgesamt 15 regionalen Gruppen. Vor diesem Hintergrund fordert die NLD, die Friedensverhandlungen auszuweiten und alle Konfliktparteien zum Dialog einzuladen. Der Konflikt innerhalb des Landes wird sich womöglich als größte Herausforderung für die NLD herausstellen. Nicht nur durch die unterschiedlichen Strategien von Partei und Militär, sondern auch durch den immer schärferen Ton, den letzteres anschlägt. In Bezug auf die anhaltenden Kämpfe in einigen Regionen des Landes spricht das Militär auch davon, zum Beispiel die Arakan Armee in Rakhine zu »eliminieren«.

Die NLD und ihre Vorsitzende Aung San Suu Kyi finden sich in einer sehr schwierigen Situation wieder. Einerseits muss die Partei eine vertraulichere Beziehung mit dem Militär aufbauen, andererseits kann ein zu forsches Auftreten in den Friedensverhandlungen zu neuen Konflikten mit dem Militär führen, was für den Friedensprozess kontraproduktiv wäre.



*NLD-Anhängerinnen kurz vor der Wahl im November 2015
Foto:
Veronika Keller*